
Vorstoss-Nr: 113-2010
Vorstossart: **Interpellation**
Eingereicht am: 06.07.2010
Eingereicht von: Fuchs (Bern, SVP) (Sprecher/ -in)
Weitere Unterschriften: 0
Dringlichkeit: Nein 09.09.2010
Datum Beantwortung: 16.02.2011
RRB-Nr: 270/2011
Direktion: BVE

Einführung der Leistungs- und Raumkostenverrechnung auf Abwegen?

2005 wurde nach der NEF-Einführung eine einfache Lösung für die Raumkostenverrechnung gewünscht. An der Regierungssitzung vom 18. Juni 2008 wurde die Einführung der Leistungs- und Raumkostenverrechnung per 1.1.2011 beschlossen. Dabei wurde explizit festgehalten, dass die Verrechnungspraxis nach dem Grundsatz «so viel wie nötig, so wenig wie möglich» zu erfolgen habe. Zudem sei die Realisierung mit einem möglichst geringen administrativen Aufwand vorzunehmen.

Offenbar hat sich nun das Amt für Grundstücke und Gebäude weit weg von diesen Vorgaben entfernt und einen regelrechten administrativen «Krieg» gestartet, da sich das geplante Einsparpotential von bis zu 20 Millionen Franken wie bei der Zentralisierung der Verwaltung im Nichts aufzulösen droht.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Mit welchem Kosten/Nutzen-Verhältnis wird aufgrund des heutigen Stands bei diesem Projekt gerechnet — auch unter Berücksichtigung, dass darunter sehr viele Objekte nicht marktfähig sind (Schulen, Schalterhallen, Prüfgebäude, Gefängnisse, Polizeiwachen, Turnhallen usw.)?
2. Wie sollen konkret echte Kosten eingespart werden (ohne rein interne buchhalterische Verschiebungen innerhalb der kantonalen Verwaltung)?
3. Wie hoch sind die bisherigen Kosten für externe Berater (u.a. Abegglen Managements Consultants aus Zürich)?
4. Mit welchen Kosten für externe Berater wird bis Projektende noch gerechnet?
5. Warum wurde für die externe Beratung eine Firma aus Zürich beigezogen?
6. Wie hoch sind die bisherigen Kosten in Franken und Arbeitsaufwendungen in Stunden über alle Direktionen?
7. Wo besteht für Mitarbeitende der Anreiz bei diesem Projekt?



8. Wird dem Grundsatz «so viel wie nötig, so wenig wie möglich» aus Sicht des Regierungsrates nach wie vor nachgelebt?
9. Mit welchen personellen, finanziellen und strukturellen Kosten rechnet man seitens der Regierung mit der Einführung des Leistungs- und Raumkostenverrechnungssystems im Amt für Grundstücke und Gebäude unter der Annahme, dass diese Arbeiten nicht an Dritte ausgelagert werden müssen?
10. Wurde der Regierungsrat bis heute laufend über die Projektentwicklung informiert? Wenn nein, wieso nicht?
11. Wieso wurde der geplante Termin vom 1.1.2011 auf den 1.1.2012 verschoben?

Es wird Dringlichkeit verlangt.

Antwort des Regierungsrates

Am 9. Februar 2011 hat der Regierungsrat beschlossen, auf die Einführung der Raumkostenverrechnung per 1. Januar 2012 zu verzichten. Entsprechend erübrigt sich die Beantwortung der Fragen des Interpellanten, die sich auf eine Fortsetzung des Projekts beziehen.

Zu den Fragen 1 und 2

Eine Beantwortung ist hinfällig.

Zu den Fragen 3, 4 und 5

Für externe Beratungen sind seit Januar 2009 Kosten von Fr. 480'000.-- entstanden. Dabei wurden mehrheitlich bernische Beratungsunternehmen berücksichtigt. Für die Leitung von zwei Teilprojekten sowie für diverse Projektassistenzleistungen wurde die Beratungsfirma Abegglen Management Consultants gewählt. Die Offerte von Abegglen war preiswert und die Firma konnte gute Referenzen vorweisen. Der Auftrag an die Zürcher Firma machte weniger als 40 % der gesamten externen Beratung aus.

Zu Frage 6:

Beim verwaltungsinternen Aufwand ist zwischen dem Aufbau der Immobiliendatenbank und den konzeptionellen Arbeiten für das Projekt RKV zu unterscheiden. Ein grosser Teil der investierten Arbeit wäre im Zuge der notwendigen Professionalisierung des Immobilienmanagements des Kantons Bern ohnedies angefallen.

Für die konzeptionellen Arbeiten waren Mitarbeitende der Direktionen, der Staatskanzlei und der Finanzkontrolle hauptsächlich im Rahmen der Fachgremiums- und Projektausschusssitzungen tätig. Davon fanden 16 Sitzungen mit dem Fachgremium und vier mit dem Projektausschuss statt. Hinzu kommen separate Sitzungen zu Teilprojekten und spezifischen Themen.

Gesamthaft war der Aufwand der Direktionen für den Aufbau der Immobiliendatenbank und die konzeptionellen Arbeiten je nach der Grösse der Immobilienportfolios unterschiedlich und betrug zwischen rund 20 bis 80 Arbeitstagen. Die Hauptarbeit wurde im Amt für Grundstücke und Gebäude geleistet, wo seit Januar 2009 1,5 Vollzeitstellen für die Projektarbeit zur Verfügung standen.

Zu den Fragen 7 bis 9

Eine Beantwortung ist hinfällig.

Zu den Fragen 10 und 11

Der Regierungsrat wurde im Juni 2009 im Rahmen des Massnahmenpakets zur Verhinderung einer Neuverschuldung im Jahr 2010 über die Projektentwicklung orientiert. Zudem konnten sich die Regierungsmitglieder über ihre Direktionsvertretungen im Fachgremium RKV laufend über den Stand des Projekts in Kenntnis setzen. Im Weiteren wurden die gesamtkantonale Gremien FICON (Finanz- und Controllingkonferenz) und die Arbeitsgruppe RAUS (Räumliche Unterbringung der staatlichen Institutionen) regelmässig durch die Projektleitung informiert.

Der Regierungsrat hat die Terminverschiebung im Juni 2009 im Rahmen des Massnahmenpakets zur Verhinderung einer Neuverschuldung im Jahr 2010 beschlossen.

An den Grossen Rat